

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus
Herrn Ministerialdirektor
Josef Erhard
80327 München

München, 8. April 2008 P
Pet-LSR-KM.doc

Stellungnahme des Forum Bildungspolitik in Bayern zum
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen
Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG):
- Ausbau der Schülermitverantwortung
Ihr Schreiben II.1 – 5 S 4600 – 6.15 570 vom 12.3.08

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor,

das *Forum Bildungspolitik in Bayern* nimmt zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur
Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)
zum Thema Ausbau der Schülermitverantwortung wie folgt Stellung.

Problem

Seit diesem Jahr hat Bayern eine offiziell anerkannte, gesetzlich verankerte landesweite
Schülervvertretung. Der Landesschülerrat hat die Funktion, die Interessen der bayerischen
Schüler/innen gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und bei politischen Entscheidungen, die
die Schüler/innen im Freistaat Bayern betreffen, mitzuwirken.

Der jetzige Landesschülerrat ist mit - für Außenstehende hoch wirkenden - Geldmitteln von
ca. 130 000 € ausgestattet. Bedenkt man aber die vorher übliche Summe von ca. 50 000 €
allein für die Schülervvertretung der Gymnasien, ist der Betrag zu gering, um die geforderte
Arbeit für alle Schularten effektiv leisten zu können. Von den 130 000 € sind allein 90 000 € für
die Bezirksaussprachetagungen für alle Schularten und für den gesamten Wahlvorgang der
Bezirksschülersprecher/innen erforderlich. Weitere 20 000 € sind für Bürokosten und die

● Aktion 25 ● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e.V. (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e. V. (AKH) ● Bayerischer Elternverband e. V. (BEV) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Deutscher Familienverband - Landesverband Bayern e. V. (DFV) ● Deutscher Kinderschutzbund - Landesverband Bayern e. V. (DKSB) ● Deutscher Kinderschutzbund – München e. V. ● Eltern-Forum-Coburg ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.) ● Freie Elternvereinigung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e. V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e. V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e. V. (GVEE) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e.V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Initiative Humanes Lernen GbR (IHL) ● Initiative Praktisches Lernen Bayern e. V. (IPL) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e. V. (jpi) ● Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern e.V. (LEV) ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e. V. ● Landeselternverband Bayerischer Realschulen e.V. (LEV-RS) ● Landesschülervvertretung - Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e. V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e. V. (LBSP) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e. V. ● Sudbury München e.V. ● Verband Sonderpädagogik e. V. (vds) ● Verband Katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindeferent/innen im Kirchendienst e.V. (VKRG) ● Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e.V. (ZKM)

restlichen 20 000 € für die Veranstaltungen der Landesschülerkonferenzen sowie für die Wahl der Landesschülersprecher/innen verplant. Damit ist das Budget nach Entrichtung der Grundkosten aufgebraucht und dem LSR sind für Aktionen finanziell die Hände gebunden.

Der jetzige Landesschülerrat hat keine Finanzautonomie, muss also jegliche Ausgaben erst vom Kultusministerium genehmigen lassen.

Der jetzige Landesschülerrat tagt in einem Büro in einer Münchener Hauptschule. Dies schränkt den Landesschülerrat zeitlich sehr ein, da sonntags und in den Schulferien das Büro unzugänglich ist. Die Wochenenden und Ferien sind aber die einzigen möglichen Zeiträume für Treffen des Landesschülerrates, ohne dass seine Mitglieder ihre Schulpflichten vernachlässigen.

Der jetzige Landesschülerrat hat nur ein fakultatives Anhörungsrecht, also ein Verbandsanhörungsrecht. Das bedeutet, dass der LSR nicht entscheiden kann, zu was er angehört wird und damit sehr leicht bei bildungspolitischen Entscheidungen ausgegrenzt werden könnte.

Forderungen

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert, den LSR schon im ersten Jahr tatsächlich handlungsfähig zu institutionalisieren. Dem LSR muss es ermöglicht werden, seine Arbeit für ein ganzes Bundesland und für 1,5 Millionen Schüler/innen zu leisten.

Im Einzelnen fordert das *Forum Bildungspolitik in Bayern*:

1. Die zur Verfügung stehenden Geldmittel müssen der Anzahl der Schularten und der zu vertretenden Schüler/innen (1,5 Mio. Schüler/innen) angepasst werden. Die bei dem Pilotprojekt in Schwaben festgestellte benötigte Summe, um eine Landesschülervertretung bayernweit zu etablieren und auch eine effektive Arbeit zu ermöglichen, beträgt 460 000 €. Dieser Betrag muss dem LSR zur Verfügung gestellt werden. Dies wäre bei der zu vertretenden Personenzahl mit 0,31 € je Schüler/in keineswegs eine zu hohe Summe.
2. Der Landesschülerrat ist mit einer Finanzautonomie auszustatten, um nicht wertvolle Zeit mit Anfragen an das Kultusministerium zu verlieren. Auch soll der LSR unabhängig vom Kultusministerium agieren können, um die Ansichten der Schüler/innen authentisch vertreten zu können. Um eine Transparenz des Finanzhaushalts des Landesschülerrates zu schaffen, sollte im Gegenzug eine jährliche Buchprüfung durch das Kultusministerium stattfinden.
3. Dem Landesschülerrat ist ein jederzeit zugängliches Büro in München zur Verfügung zu stellen, damit der LSR zeitlich nicht in seiner Arbeit eingeschränkt ist und das ganze Jahr über effektiv arbeiten kann.
4. Damit eine demokratische Wahl stattfinden kann, sollten die Kandidat/innen für das Amt des/der Bezirksschülersprechers/in bekannt sein und die Möglichkeit des Kennenlernens bestehen. Dafür müssen die Bezirksaussprachetagungen für alle Schularten zweitägig stattfinden, und nicht wie bei den meisten Schularten bisher nur für mehrere Stunden. Um einen frühzeitigen Beginn der landesweiten Schülervertretung in dem jeweils laufenden Schuljahr zu ermöglichen, müssen die Bezirksschülersprecher/innen bis spätestens Anfang November gewählt sein.

5. Des Weiteren fordert das *Forum Bildungspolitik in Bayern*, dass sich der Landesschülerrat zu Themen, die für ihn relevant sind, schriftlich und mündlich gegenüber dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Bayerischen Landtags äußern kann. So kann der Landesschülerrat die Interessen der bayerischen Schüler/innen auch politisch wahrnehmen.

Für ergänzende Gespräche und eventuelle Rückfragen steht *Forum Bildungspolitik in Bayern* gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. h.c. Albin Dannhäuser
Sprecher